



**NEUE FOLGE DES YOUTUBE FORMATS "GEGENREDE" VON UND MIT
CORINNA MIAZGA UND KOMPETENTEN GÄSTEN**

Die Auswirkungen der Coronakrise auf unsere Bildung

Es ist eines der wichtigsten Anliegen aller Eltern, dass ihre Kinder die bestmögliche Bildung erhalten, denn diese ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Lebensweg.

Eine ganze Schülergeneration hat nun das Pech, dass durch die staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit „Corona“ das Unterrichtsgeschehen massiv in Mitleidenschaft gezogen wird. Welche Auswirkungen wird die Corona-Krise auf die Bildung der betroffenen Schüler-Jahrgänge haben? Inwieweit kann ein Online-Unterricht den regulären Schulbetrieb ersetzen und wird Unterricht jetzt ein Privileg von denen, die sich digitalisiert haben?

Dieses für Schüler und Eltern, aber auch für die gesamte Gesellschaft äußerst wichtige Thema diskutiert die AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga in ihrem YouTube Format „Gegenrede“ mit kompetenten Gästen, als da sind:

Der AfD Bundestagsabgeordnete und Mathematiker Dr. Michael Ependiller; die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst, Studienrätin und Mutter; sowie Franz Kerker, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Diese Diskussion sollten sich kritische und aufgeklärte Eltern mit schulpflichtigen Kindern nicht entgehen lassen.



Grüner Kretschmann erklärt Rechtschreibkenntnisse für unwichtig

Von L.S.GABRIEL | Deutschland, einst das Land der Dichter und Denker, verkommt dank durch mit Migranten gefluteten Schulklassen zu einem Ort der Nichtgebildeten. In einigen Städten sind jene, die mangels Kenntnis der deutschen Sprache dem Unterricht nicht folgen können schon in der Überzahl. Da sollte man meinen, dass gerade das Erlernen einer korrekten deutschen Schreibweise einen hohen Stellenwert habe. Zumal auch schon jetzt viele Schüler Probleme damit haben, beim Lesen den Sinn eines Textes zu erfassen.

Stattdessen aber lässt der grüne baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann jetzt damit aufhören, dass er Deutsch zur Nebensache erklärt. Korrekte

Rechtschreibung sei heute nicht mehr wichtig, lässt er uns wissen. Seiner Ansicht nach reiche ein gewisses „Grundgerüst an Rechtschreibkenntnissen“ völlig aus. Er begründet diese Bildungskapitulation damit, dass man heute ja nur noch selten handschriftlich schreibe. Und das aus dem Mund eines Mannes, der früher auch mal Lehrer (Chemie und Biologie) war. Es gäbe ja „kluge Geräte“, die Fehler korrigierten, so Kretschmann.

Kluge Geräte? Meint er die, die uns ständig falsch verbessern, die für ein falsch – oder sogar sogar eigentlich richtig geschriebenes Wort drei oder vier Möglichkeiten zur Auswahl stellen? Womit man also die Wahl hätte, wie falsch man etwas schreibt? Es macht eben einen Unterschied, ob man schreibt: *Sie hat den schönsten Hintern weit und breit.* Oder: *Sie hat den schönsten Hintern, weit und breit.*

Das richtige Schreiben einer Sprache ist Teil der Kultur. Lesen und Schreiben sind essenzielle Grundqualifikationen unserer Gesellschaft. Nimmt man einem Volk die Sprache, nimmt man ihm einen wichtigen Teil seiner Identität.

Bei Vorschlägen dieser Art fragt man sich auch, was denn als nächstes kommt. Lesen lernen ist auch unnötig, denn es gibt ja tolle Programme, die uns einen Text vorlesen? In vielen Zeitungsartikeln wird eine Videoversion angeboten, wo einem dann auch gleich mit der darin dem Leser aufgezwungenen Werbungen für klimaneutrales Essen, E-Autos und bunten Familien, die für Afrika spenden, das Gehirn gewaschen wird.

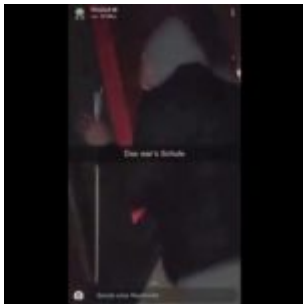
Mit der gleichen Begründung könnte man auch den Mathematikunterricht abschaffen, schließlich gibt es Taschenrechner. Man könnte auch Biologie, Chemie und Erdkunde streichen, es gibt ja Wikipedia und Google. Man will unsere Kinder offenbar zu internetabhängigen Idioten heran“bilden“. Bald schon sollen die Schulen wohl nur noch lehren, auf welche Knöpfe man drücken muss. Auf diese Art können die links-grünen Ideologen dann auch sicher sein, dass künftige Schulabgänger nicht mehr in der Lage sein werden komplexe Zusammenhänge zu

verstehen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Willkommen im Zeitalter des formatierten Denkens und der digitalisiert gesteuerten Meinung. Das wäre dann wohl ganz im Sinne des Systems, denn wir wissen ja: Ein dummes, ungebildetes Volk regiert sich leichter.

Ralph Giordano, ein langjähriger starker Kämpfer für Deutschland und gegen die Islamisierung formulierte einmal:

Deutsch – eine wunderbare Sprache, von der ich – ohne deshalb andere Sprachen herabsetzen zu wollen – behaupte, daß sie bis in die allerfeinsten Kapillaren der menschlichen Seele vorzudringen vermag. Überlassen wir diese Sprache, die auch unsere Mutter ist, diesmal nicht wieder Deutschlands potentiellen Verderbern! Verteidigen wir sie!



Mit „Allah“-Rufen Böller und Raketen ins Gymnasium Wolfsburg

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur in Berlin und Leipzig war die Silvesternacht von Chaos und Gewalt geprägt, sondern auch in anderen Großstädten unseres Landes.

Die Polizei Wolfsburg in ihrem Pressebericht:

„Bei einem Einsatz wegen eines Brandalarms in einem Schulkomplex in Westhagen wurden in der Silvesternacht Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr massiv mit Feuerwerksraketen und Leuchtmunition durch ausufernde Silvesterfeiernde vom nahen Marktplatz vor dem Einkaufszentrum beschossen.“

Danke an Yusuf und Khaled für das Tatvideo

Die „Silvesterfeiernden“ können Sie, liebe Leser, in dem Beitragsvideo bewundern, das die „Jugendlichen“, wie sie von den *„Wolfsburger Nachrichten“* liebevoll genannt werden, von ihrer Heldentat gefertigt haben. An dieser Stelle den herzlichen Dank von PI-NEWS an Yusuf und Khaled für die Aufnahmen, in denen Allah auch ein paarmal gepriesen wird.

Eine Gruppe von „jungen Männern“, bei denen es sich dem Video nach zu urteilen, überwiegend um Migranten aus dem türkischen oder arabischen Kulturkreis handelt, hatte die Scheiben des Albert-Schweitzer-Gymnasiums im Wolfsburger Stadtteil Westhagen eingeschlagen und in den Klassenzimmern Feuerwerkskörper gezündet, was den Brandalarm auslöste.

Als Einsatzkräfte von Polizei und die Feuerwehr eintrafen, wurden sie mit illegalen Böllern beworfen und in den Klassenzimmern mit Raketen und Feuerwerksmunition aus Schreckschusswaffen beschossen. Die Böller schlugen durch die zerstörten Scheiben direkt in dem Klassenzimmer zwischen den Einsatzkräften ein. Glücklicherweise blieben die Helfer unverletzt.

Zur Verstärkung wurden Polizeibeamte aus Braunschweig und Gifhorn angefordert, mit deren Hilfe die Lage schließlich unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Vier Chaoten im Alter zwischen 18 und 23 Jahren widersetzen sich der Festnahme und mussten gefesselt werden. Dabei wurden drei Schreckschusswaffen mit Aufsätzen zum Verschießen von

Feuerwerksmunition sichergestellt. Bei diesen Pistolen handelte es sich um erlaubnispflichtige Waffen, die auf öffentlichen Wegen und Plätzen nicht geführt werden dürfen.

Der in der Schule angerichtete Schaden wird auf über 10.000 Euro beziffert. Die Polizei ermittelt wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall.

Der deutsche Staat sollte die Sehnsucht stillen helfen

Wie es scheint, gibt es unter den Migranten aus dem moslemischen Kulturkreis solche, die sich in einer friedlichen Umgebung einfach nicht wohl fühlen. Offenbar sehnen sie sich nach den Zuständen, die in manchen Ländern des Nahen Ostens herrschen und trachten danach, unser Deutschland entsprechend anzupassen, um sich hier ein Stückchen heimischer zu fühlen. Der bessere Weg wäre, deren Sehnsucht nach Chaos und Gewalt dadurch zu befriedigen, dass man sie in geeignete Länder los wird, egal ob sie in Deutschland geboren sind, oder nicht.



Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» Twitter Account des Autors.



Islam-Propaganda für Viertklässler aus Loiching

Ein Besuch von Grundschulkindern in Moscheen ist ja leider schon alltäglich geworden. Leider, weil eine kritische Auseinandersetzung mit einem faschistoiden „Glauben“ in dem Alter noch nicht geleistet werden kann. Allerdings geschieht dies auch in späteren Schuljahren nie, da die Lehrer erstens uninformiert sind, wenn es um die problematischen Aspekte des Islam geht. Und weil sie zweitens diese Auseinandersetzung auch dann nicht führen würden, wenn ihnen die Problematik bewusst wäre. Zu viel steht für sie auf dem Spiel, glauben sie, wenn sie Kritik am „der Islam gehört zu Deutschland“ äußern. Man kann sie aber trotzdem dazu zwingen oder ihnen die Gleichgültigkeit zumindest ein wenig vergällen, und das versuchen wir jetzt.

Es geht um einen Schulbesuch von Viertklässlern aus Loiching, der in der Fatih-Moschee in Dingolfing stattfand. Geschildert wird er bei „idowa“ wie üblich in Friede, Freude, Eierkuchen-Manier:

Im Religionsunterricht beider christlicher Konfessionen als auch im Ethikunterricht steht das Kennenlernen der großen Weltreligionen auf dem Lehrplan. So machten sich die Viertklässler der Grundschule auf den Weg, um sich in der Moschee in Dingolfing über die Religion des Islam zu informieren.

Zusammen mit Konrektor Walter Koch und Lehrerin Anita Schwimbeck führen die zwei vierten Klassen der Grundschule am vergangenen Freitag um 9 Uhr zur Dingolfinger Moschee, um sich dort vom Vorsitzenden der Türkisch-islamischen Gemeinde Ersin Akbaba und seiner Tochter Hanni durch das Gebäude führen und die Grundlagen der islamischen Religion erklären zu lassen.

Ein nettes Abschiedsbild noch und fertig ist die Propaganda. Der Imam ernst und nett, alles exotisch bunt, die Lehrerin lacht vor Freude. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit und so werden auch keine Kinder zu starken Kindern erzogen, die selbständig und ehrlich sind (Leitbild der Schule). Wir wollen deshalb von der Lehrerin Anita Schwimbeck und ihrem Sie begleitenden Konrektor Walter Koch wissen:

1. Ist Ihnen bekannt, dass die Dingolfinger Moschee „Fatih“-Moschee heißt und dass das übersetzt „Sieg“ oder auch „Eroberer“ bedeutet? Der Name folgt der Moschee, die der Eroberer Konstantinopels in der Stadt bauen ließ, nachdem er die dort stehende Kirche hatte abreißen lassen.

Dieser Name ist einer der beliebtesten Namen für Moscheen des Dachverbandes DITIB in Deutschland. Das wäre in etwa so, als würde man etlichen christlichen Kirchen den Namen „Zum heiligen Kreuzzug“ geben.

2. Ist Ihnen bekannt, dass diese Moschee zum Moscheen-Dachverband „DITIB“ gehört, der direkt der türkischen Religionsbehörde untersteht und also deren Weltsicht weitergibt (weitergeben muss, durch Imame aus der Türkei) und nicht die unseres Grundgesetzes?

3. Dazu gehören Grundsätze der Scharia, wie der folgende: Wer den islamischen Glauben verlässt, muss gemäß der Scharia, dem religiösen Recht, mit dem Tode bestraft werden. Haben Sie den türkischen Imam nach seiner Meinung dazu gefragt oder ist Ihnen das Problem egal?

4. Wie alle islamischen Länder stellt auch die Türkei die Menschenrechte unter den Vorbehalt der Scharia, siehe die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“.



Wussten Sie davon? Wenn ja, haben Sie das angesprochen oder ist es Ihnen egal?

Auf PI-NEWS pflegen wir den offenen Disput. Sowohl die Frau Lehrerin wie auch der Herr Konrektor oder der Imam dürfen bei uns ungekürzt und unverändert von uns zu diesen Fragen Stellung nehmen. Nachteil der Schriftform: Man kann sich nicht herausreden, dumme und ausweichende Antworten werden von unseren gut informierten Kommentatoren schnell zerpfückt und in der Luft zerrissen .. Man braucht also Sachkenntnis und einigen Mut zur Wahrheit. Wir würden uns über eine Antwort freuen.

Kontakt:

Grundschule Loiching

Geschwister-Scholl-Straße 1, 84180 Loiching

Tel: 08731/5170

Fax: 08731-4528

Mail: rektor@gs.loiching.de

gs.loiching.de

(Spürnase: Ingrid)

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



PI-NEWS sammelt Erfahrungsberichte von Lehrerinnen an deutschen Schulen

Von DR. HANS-PETER RADDATZ | Es ist K-R-I-E-G: Klima – Reform – Islam – Euro – Gender sind bekanntlich die zentralen Bereiche der Kultur-Revolution, die seit den 68er-Zeiten die Souveränität der EU-Staaten aushöhlt und mit gleichgeschalteten Institutionen die Bevölkerungen zunehmend radikal entrechtet und enteignet. Sie sollen das Werk der rotbraunen Vorgänger-Extremismen nun endlich und möglichst grün vollenden.

Parteien, Universitäten, Medien, Stiftungen, Gerichte, Kirchen, Verwaltungen sind in der Wahrnehmung einer von ihnen diktierten „Wirklichkeit“ kaum noch zu unterscheiden und somit auch austauschbar. Die „Führer“ der Medien und Parteien dozieren priesterhaft von albernen Kathedern den lauschenden

Volks-Schülern, während immer gleiche „Experten“ aus Universität und Stiftung die Bild- und Print-Medien täglich mit von ihnen erwarteten, systemkonformen Botschaften der KRIEG-Sparten füllen.

Das Getöse hat laut der Kritik, die noch die immer dichter werdenden Zensur-Filter überwindet, zumindest aus Sicht des „populistischen“ Info-Verbrauchers, irrationale Formen angenommen, wobei der Grad der Abwegigkeit von Sparte zu Sparte variiert. Die Gender-Zwänge benötigen sicherlich noch einige Zeit, um den „Rassismus“ des heterosexuellen Geschlechtsanspruchs zu beseitigen, und im Klimabereich bedarf es weiterer Gretas, um den Umweltgehorsam der Menschen zuverlässig zu steuern. Dagegen hat der Islam-Sektor aufgrund jahrzehntelanger Dihad-Arbeit bereits militante Formen angenommen, die von der KRIEG-Ideologie und verfassungsmäßig geschützt werden und seit 2015 mit extremistischer Zuwanderung und deren Rechtsbrüchen einen Krieg gegen die Bevölkerung führt.

Um hier zu einem verbesserten Überblick zu kommen, sind neue Wege zu beschreiten, die solange sie es in einem zunehmend despotischen Staat noch gibt, genutzt werden sollten. Dazu gehört die Leserschaft großer Blogs wie PI-NEWS, die problembewusst ist und ihre Umgebung kritischer als andere beobachtet. Wer zum Beispiel statt eines Kommentars zu einem bestimmten Ereignis einen Hinweis auf ein bestimmtes Thema aus dem eigenen Leben gibt, öffnet eine neue Dimension der Information und trägt dazu bei, die politmedialen Zensur- und Täuschungs-Praktiken durch Transparenz aufzuhellen.

Als erster konkreter Einstieg bietet sich ein Aspekt an, der dem Verfasser in einer kürzlichen Vortragsveranstaltung präsentiert wurde. Sechs Teilnehmerinnen berichteten vertraulich über ihre Erfahrungen als Lehrerinnen im Grundschuldienst mit Jungen zwischen sieben und zehn Jahren, die bis zu 80 Prozent anderskulturellen, primär muslimischen „Hintergrund“ aufweisen.

Alle Frauen schilderten sachlich und übereinstimmend die Lage in ihren Schulen, wo die weiblichen Lehrkräfte, weil „ungläubig“, permanent beleidigt, bedroht, geschlagen, getreten, sogar sexuell belästigt werden. Hinzu kommt die Weigerung vieler Eltern, ihre Kinder die Sprache der „Ungläubigen“ lernen zu lassen, so dass im Grunde überhaupt kein Unterricht möglich ist. Dabei schlossen die Lehrerinnen aus, dass es hier um die im Täuschungsgeschäft üblichen „Einzelfälle“ geht, weil sie über Kollegen von ähnlichen Verhältnissen erfahren, die über das gesamte Bundesgebiet verstreut sind.

Wer also direkt oder indirekt Kenntnis von vergleichbaren Zuständen hat, möge mit oder ohne Namen eine Schilderung der Situation an PI-NEWS senden (Email-Adresse siehe unten), das sie an den Verfasser weiterleiten wird. Da es „nur“ um eine verbesserte Kenntnis der aktuellen Realität geht, ist komplette persönliche Vertraulichkeit gewährleistet, wobei das Gesamtergebnis von großem öffentlichem Interesse ist. Das trifft ebenso auf weitere Problemthemen wie die Vergewaltigungen zu, die den Verursachern zufolge „zu Deutschland“ und somit auch ans Tageslicht gehören.

» Einsendungen bitte an: info@pi-news.net

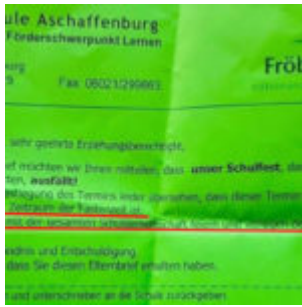


Andreas Unterberger: Kastrierte Lehrer in Kuschelschulen

In den Schulen nehmen physische Aggressionen und Disziplinverfall massiv zu. Zugleich sinken die Leistungsbereitschaft, das Wissensniveau, mathematische Denkfähigkeit, sowie die Fähigkeit, einen halbwegs sinnvollen und fehlerfreien Text zu schreiben.

Nüchterner Realismus kann daher über die nun vielerorts zu hörende Meinung nur lachen, dass die Disziplinprobleme durch Heerscharen von Sozialarbeitern, Therapeuten, Psychologen, Streitschlichtern, Beratungslehrern, „Kunst- und Waldpädagogen“, sowie durch Teambuilding, Klassenausflüge, Verhaltensvereinbarungen, Prävention, pädagogische Schulungen, Ethik-Unterricht und „Time-Out-Klassen“ gelöst werden könnten. Wenn man sich nicht den wahren Ursachen stellt, wenn man diese nicht einmal beim Namen nennt, dann nutzt das alles nicht viel.

Jede einzelne der genannten Problemlösungs-Varianten ist in den letzten Tagen von Ministerium oder „Experten“ vorgeschlagen worden. All diese Ideen sind gewiss lieb und nett. Aber die wahren Probleme der Schulen, der Schüler wie der Lehrer, gehen viel tiefer, sind keinesfalls durch ein paar Time-Out-Tage lösbar. Sie werden jedoch meist überhaupt nicht andiskutiert. Meist schon aus Angst, etwas politisch Unkorrektes zu sagen... *(Gefunden bei Andreas Unterberger. Aber was er schreibt, gilt nicht nur für Österreich, sondern genauso für ganz Deutschland!)*



Die Fröbelschule Aschaffenburg integriert sich in den Islam

Von EUGEN PRINZ | Seit einigen Tagen kursiert in den sozialen Medien das Foto eines Elternbriefs der Fröbelschule Aschaffenburg. Bei dieser Einrichtung handelt es sich um ein Förderzentrum mit Förderschwerpunkt Lernen. In der Kindheit des Autors wurden solche Einrichtungen „Hilfsschule“ genannt. Grausam wie Kinder sind, benutzten wir damals den Ausdruck „Depperlgynasium“. Dass die heutigen Gymnasien außerhalb Bayerns auf dem besten Weg sind, sich ebenfalls dieses Prädikat zu verdienen, indem sie die schulischen Anforderungen immer weiter senken, um auch dem letzten geistigen Tiefflieger das Abitur zu ermöglichen, konnte damals noch niemand ahnen. So wird dann bei der Abiturprüfung eine Mathe-Aufgabe, die 1974 ein begabter Realschüler am Ende der 10. Klasse gelöst hätte, zum unüberwindlichen Hindernis.

Doch zurück zum Thema. In dem Informationsblatt teilt die Schulleitung den Erziehungsberechtigten mit, dass *„bei der Festlegung des Termins für das Schulfest leider übersehen wurde, dass der Termin für die muslimisch Gläubigen mitten in der Fastenzeit ist.“* Wie aus dem Elternbrief weiter hervorgeht, wird das Fest nun in das neue Schuljahr verlegt, damit auch die Moslems mitfeiern können.

Tatsache oder „Fake-News“?

Nachdem das Pamphlet in den sozialen Medien die Runde machte, stellten sich viele die Frage: Ist es echt oder wurde wieder einmal Photoshop bemüht, um „Fake-News“ zu produzieren? Derartige Beispiele gibt es ja zur Genüge. Der Autor ist der Sache nachgegangen und hat für PI-NEWS einen Fragenkatalog an die Fröbelschule geschickt, den die Schulleitung dann auch relativ zeitnah beantwortet hat.

FR: *Ist das Informationsblatt authentisch?*

AW: *Ja.*

FR: *Wie viele Schüler besuchen Ihre Einrichtung?*

AW: *160 Schülerinnen und Schüler*

FR: *Wie viele davon sind moslemischen Glaubens?*

AW: *53 Schülerinnen und Schüler*

FR: *Von wem ging die Initiative zur Terminverschiebung nach dem Fastenmonat aus? War es eine Art von „vorausseilenden Gehorsam“ der Schulleitung oder gab es Beschwerden moslemischer Eltern oder Schüler?*

AW: *Von der Schulgemeinschaft, weil einige Eltern muslimischen Glaubens bedauert haben, nicht teilnehmen zu können, weil sie fasten. Das Fest hatte das Motto „vielfältige kulinarische Genüsse in der Gemeinschaft genießen“.*

FR: *Sind Sie der Meinung, dass eine Anpassung an die kulturelle und religiöse Gebräuche der Zuwanderer integrationsfördernd ist?*

AW: *Wir planten nur ein gemeinsames Essen für alle Nationalitäten, das Essen sollte von den Eltern mitgebracht/vorbereitet werden, was hat dies mit Anpassung zu tun?*

FR: *Gibt es Beschwerden von autochthonen Eltern über die Terminverschiebung?*

AW: *Nein!*

FR: *Wird der Fastenmonat in Zukunft grundsätzlich bei solchen Planungen berücksichtigt?*

AW: *Bei üblichen Schulfesten nicht, bei Festen, in denen Essen im Vordergrund steht, ja.*

Ein Anhänger des generischen Maskulinums ist der Schulleiter nicht, wie die „Schülerinnen und Schüler“ beweisen. In einer Zeit, in der man noch nicht mit der Abrissbirne an die deutsche Sprache ging, waren halt alle noch „Schüler“. „Die Berühmtheit“ kann ja auch ein Mann sein, oder? Womit wir beim generischen Femininum wären, der zweiten Säule der gesunden, unverfälschten deutschen Sprache, die jetzt von Ideologen zu Tode gefoltert wird.

Sie merken, es gibt einiges, dass dem Autor auf den Nägeln brennt. Also ein zweites Mal: Zurück zum Thema!

Zunächst einmal ist bemerkenswert, dass 33,13 Prozent der Förderschüler Moslems sind. Diese Zahl liegt weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung und lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Auswirkungen die weiter steigende Zahl von Menschen aus diesem Kulturkreis für unser Land haben wird.

Absage wegen einiger weniger

Wie der Antwort der Schulleitung zu entnehmen ist, waren es nur „einige“ Moslems, die sich wegen des Fastenmonats nicht in der Lage sahen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Da stellt sich schon die Frage, ob es opportun ist, wegen ein paar Strenggläubiger, die einer Religion und einer Kultur anhängen, die in unserem Land fremd ist, die Veranstaltung zu kippen. Was soll damit signalisiert werden? Dass wir uns als Mehrheitsgesellschaft an fremde Sitten, Gebräuche und religiöse Rituale anpassen? Es wären doch sicherlich noch genügend nicht-fastende Moslems mit kulinarischen Delikatessen zum Schulfest gekommen, um die Veranstaltung trotzdem zu einem Erfolg werden zu lassen. Es spricht nicht für Toleranz, sondern für das inzwischen flächendeckend verbreitete Duckmäusertum, dass sich aus autochthonen Elternkreisen keiner über die Entscheidung, die sicherlich nicht überall auf Zustimmung stieß, beschwert hat.

Man muss kein Prophet sein um vorauszusagen, dass sich auch

und vor allem im Schulbereich die Anpassungstendenzen an den Islam immer weiter vertiefen und verfestigen werden. Turnunterricht, Schwimmunterricht und Sexualkunde für moslemische Mädchen, Prüfungen während des Fastenmonats – alle diese Bastionen werden noch fallen. Deutschland macht eine Rückwärtsentwicklung durch, an deren Ende wirtschaftliche Not, Spaltung nach Ethnien und der völlige Verfall der inneren Sicherheit stehen wird.



Niedersachsen: Mathe-Abitur zu schwer – aber Schule schwänzen OK

Von REALSATIRE | Immer wieder freitags dürfen Niedersachsens Schüler mit dem Wohlwollen von Ministerpräsident Stefan Weil und Bildungsminister Grant Tonne (beide SPD) ungestraft die Schule schwänzen – der „Umwelt zuliebe“. Naheliegend, dass sich angehende Abiturienten unter ihnen deshalb nicht hinreichend auf die Mathe-Abi-Klausur vorbereiten konnten, die am letzten Freitag geschrieben wurde.

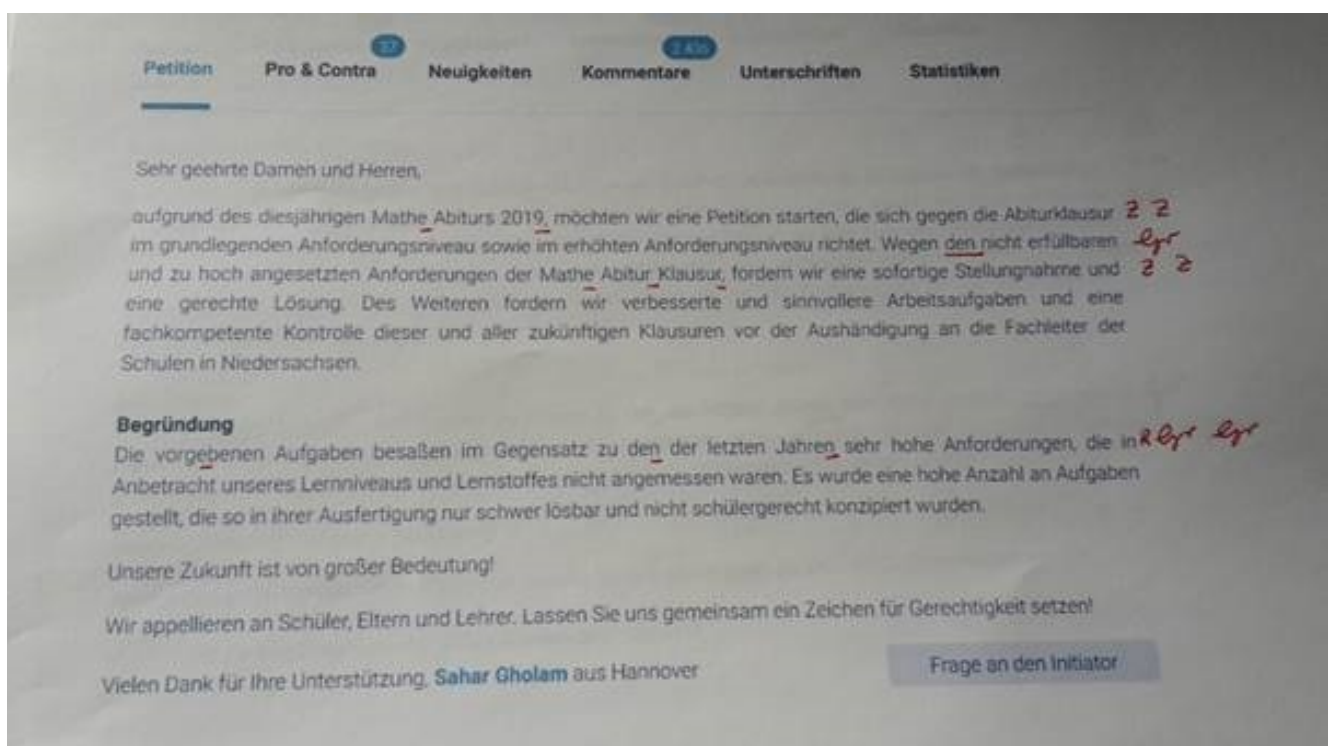
Die Prüfungsaufgaben seien zu schwer gewesen, beklagen sich jetzt Schüler und fordern in einer Online-Petition – wohl noch ganz im Greta-Rausch – „Gerechtigkeit“. Peinlich nur: Es scheint, dass auch die Deutsch-Klausuren in die Hose gehen

werden, denn der Petitions-Text strotzt nur so vor Fehlern.

Die von einer gewissen Sahar Gholam initiierte Petition besteht aus nur neun Sätzen, verzeichnet aber acht Fehler in Orthographie, Interpunktion und Grammatik. Vom schwurbelig formulierten Inhalt mal abgesehen. Deutsche Sprache, schwere Sprache. Fürs Studium an einer deutschen Hochschule wird es wohl reichen.

Auch in Deutsch hat Niedersachsens künftige Elite noch Schwierigkeiten

Die Petition an das Kultusministerium hat trotz Fehlermarge in wenigen Stunden das Quorum von 5000 Unterstützern erreicht. Was zeigt, dass Leistungsvermögen und Anspruchshaltung von Niedersachsens künftiger Elite noch nicht ganz reziprok zueinander stehen. Zahl und Schwere der Mathe-Abitur-Aufgaben seien zu hoch und „nicht schülergerecht“ gewesen, heißt es. Deshalb fordern die Unterzeichner „verbesserte und sinnvollere Arbeitsaufgaben“, was wohl leichtere Aufgaben meint. Inklusive einer „gerechten Lösung“ und „sofortigen Stellungnahme“. Schließlich sei „unsere Zukunft von großer Bedeutung!“



Die Petition ist vollgespickt mit Rechtschreibe- und

Orthographiefehlern.

Logisch, dass SPD-Tonne stramm steht, wenn Gretas Schulschwänzer etwas fordern. Noch am Sonnabend sagte das Kultusministerium laut NDR zu, sich in der kommenden Woche eindringlich mit dem Fall zu befassen. Dort habe man bereits Erfahrung mit „zu schweren“ Mathe-Abiturprüfungen. Schon vor drei Jahren hatten sich Schüler nach den Prüfungen über den Schwierigkeitsgrad und die Anzahl der gestellten Aufgaben beschwert – mit Erfolg. Das Kultusministerium hatte umgehend auf die Proteste reagiert und die Benotung im Nachhinein entsprechend angepasst.



Schuleschwänzen – mal gut, mal böse

Von CHEVROLET | Früher war das alles ganz einfach, als Grundschüler machte man eine Exkursion mit dem Linienbus auf einen Bauernhof, damit die Stadtkinder mal sehen konnten, wie es auf dem Land im Kuhstall ist, oder mal in den Zoo oder allerlei andere Ausflüge.

In diesen Tagen ist eine Schul-Exkursion eine hochpolitische Angelegenheit, mit der die links-grün verblendete Alt-68er-Lehrerschaft ihre politischen Ideologien durchsetzen kann, und damit auch der Regierung folgt, die alles ach so bunt haben

will. Da steht dann statt Bauernhof ein Moschee-Besuch auf dem Exkursionsprogramm.

In ganz Buntland ist das Realität, auch im beschaulichen Schleswig-Holstein. 2016 sollte eine Klasse eines Gymnasiums zwangsweise die Moschee der extremistischen Milli-Görus-Bewegung in Rendsburg besuchen. Ganz unverfänglich unter dem Deckmäntelchen des Geografie-Unterrichts im Rahmen des Themas „Der Orient – Machtfaktoren Wasser und Erdöl“.

Während es den meisten Eltern wohl egal oder sogar recht war, dass ihre Kinder in den islamischen Tempel gingen, störte das ein Elternpaar. Sie untersagten ihrem damals 13-jährigen Sohn die Teilnahme an der Exkursion und ließen ihn an diesem Tag zuhause bleiben. Die Familie sind Atheisten, auch der Sohn ist nicht getauft.

Während sich die Schüler von einem eigens aus Hamburg heranbestellten Imam „informieren“ ließen, braute sich für die Eltern Ärger zusammen. Das Schulamt verhängte gegen die politisch ungehorsamen Eltern, die es wagten, sich dem Islam nicht begeistert zu unterwerfen, ein Bußgeld in Höhe von 50 Euro.

Das gefiel den Eltern und wohl jedem vernünftig denkenden Menschen nicht. Sie legten Beschwerde beim Amtsgericht in Meldorf ein, da sie eine religiöse Indoktrination in der Moschee befürchteten, die vom Verfassungsschutz als teilweise extremistisch und antisemitisch eingestuft wird. Die Richterin am Amtsgericht, Melanie Bukh, ließ diese Gründe nicht gelten.

Bei dem Besuch kam es zu „keiner Werbung für den Islam“, hieß es in ihrem damaligen Urteil. Doch die wackeren Eltern gaben nicht nach. Sie legten beim schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht Beschwerde ein. Das Ergebnis wurde vor wenigen Tagen verkündet: Das Gericht entschied gegen die Beschwerde. Das Bußgeld sei gerechtfertigt und nicht mehr anfechtbar, der Kniefall vor den Moslems gelang den Richtern

also noch. Moslemische Kinder müssen umgekehrt aus religiösen Gründen keine christlichen Kirchen besuchen.

In der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung wurde aber eine andere Frage gestellt: Gilt das Urteil analog auch für die Schülerstreiks, die nach dem Vorbild der ach so großartigen „Gretchen Thunfisch“ jeden Freitag stattfinden, bei denen kurzerhand Unterrichtsstunden geschwänzt werden? Was ist mit Eltern, die sich nicht von den Klimaaktivisten manipulieren lassen?

Der Grüne Landtagsabgeordnete Rasmus Andresen erklärte gegenüber der Zeitung, dass er das Urteil aus Schleswig nicht im Konflikt mit der „Fridays for Future“-Bewegung sehe. Bei der vom Gericht abgelehnten Rechtsbeschwerde hätten Eltern vorsätzlich ihr Kind nicht zur Schule gehen lassen. „Die Fridays-for-Future-Demonstrationen zeichnen sich dadurch aus, dass Schüler aus eigener Motivation heraus die Schule bestreiken“, sagte Andresen. Laut Schulgesetz sollten Schüler zum „politischen und sozialen Handeln befähigt werden. Bei Fridays for Future zeigen Schülerinnen und Schüler genau das“.

Der Grüne spricht sich gegen Bußgeldverfahren in solchen Fällen aus: „Wir raten weiterhin zu einem entspannten Umgang mit engagierten Schülerinnen.“ Jan Marcus Rossa von der FDP-Landtagsfraktion hält es für „wichtig und richtig, wenn unsere Schülerinnen und Schüler im Unterricht etwas über andere Kulturen und Religionen lernen“. Das fördere das gegenseitige Verständnis und helfe, Vorurteile abzubauen. „Den Besuch eines islamischen Kulturzentrums oder einer Moschee aus weltanschaulichen Gründen zu verweigern, erscheint mir vorgeschoben, wenn die Schüler weder an einem Gottesdienst noch an einem konfessionell geprägten Unterricht teilnehmen sollen.“

„In diesem Fall haben die Eltern ihr Kind bewusst der Schule ferngehalten. Bei den Streiks an Freitagen entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler bewusst dafür, der Schule

fernzubleiben“, erklärt Tobias Loose von der CDU. „Dies ist ein kleiner, aber feiner Unterschied.“ Es gelte wie immer die Regel der Verhältnismäßigkeit, deshalb sei nicht ausgeschlossen, „dass Ordnungsgelder auch für Schülerinnen und Schüler verhängt werden, die jeden Freitag in der Schule fehlen.“

Merke: Wenn die Gesinnung stimmt, darf man sich über alle Gesetze hinwegsetzen. Gut ist nur, was dem links-grünen Mainstream und dem Regierungswillen entspricht. Wenn man das anders sieht, werden harte Zwangsmaßnahmen ergriffen.



Das natürliche Elternrecht – ein scharfes Schwert gegen Indoktrination

Von EUGEN PRINZ und ELTERNRECHTLERIN | In einem schleichenden Prozeß, in Gang gesetzt von der 68er-Bewegung und vollendet von Angela Merkel, ist Deutschland im Laufe der Jahrzehnte immer weiter nach links gerückt. Jetzt herrschen in diesem Land Zustände und Wertvorstellungen, für die Zyniker zurecht das Wort von der „Freiluftpsychatrie“ geprägt haben. Auch vor den Schulen hat diese Entwicklung nicht Halt gemacht und dazu geführt, dass mittlerweile den Kindern Ideologie statt Wissen vermittelt wird. Beispiele hierfür sind die Islamkunde, Gender

Mainstreaming und die Mär vom menschengemachten Klimawandel.

- **Islamkunde:** Im christlichen Religionsunterricht werden das islamische Glaubensbekenntnis und die „99 schönen Namen Allahs“ gelehrt; die Schüler können sich auf einem moslemischen Gebetsteppich schon mal probeunterwerfen und sämtliche Aspekte des Islams, die mit unserer Wertevorstellung nicht vereinbar sind, werden schamhaft verschwiegen. Der christliche Gott und Allah sind angeblich Ein- und Derselbe. Dass der Christengott einen Sohn hat und Allah aus dem Morgenland nicht, who cares?
- **Gender:** Gegen jede naturwissenschaftliche Erkenntnis wird behauptet, dass es 60 verschiedene Geschlechter gibt, nachzulesen hier. Im falschen Körper geboren? Kein Problem, man kann sich ja ganz leicht umoperieren lassen. Diese Lehrinhalte sind besonders in der Pubertät zu empfehlen, da fallen sie auf fruchtbaren Boden...
- **„Menschengemachter“ Klimawandel:** Dass Grönland einmal grün war und der Großglockner eisfrei, so dass dort sogar Bergbau betrieben wurde, interessiert die Ideologen nicht. Der Klimawandel ist Menschenwerk und so wird es auch den Schülern eingebläut. Basta. Gerne dürfen sie dann jeden Freitag für das Klima straflos ideologisches Schulschwänzen exerzieren. Andererseits fängt die Polizei am letzten Schultag jene Familien, die Reisekosten sparen wollten und daher den Start in den Urlaub einen Tag vorverlegt hatten, vor dem Ferienflieger ab und bringt sie zur Anzeige. Dass am letzten Schultag ohnehin nichts mehr stattfindet, was die Bezeichnung Unterricht verdient, spielt dabei keine Rolle.

Und dann ist da auch noch die Sexualerziehung, man könnte auch sagen: Frühsexualisierung, in deren Rahmen teilweise durch die Hintertüre (anonyme Fragenbox der Schüler) Themen behandelt werden, die in den jungen Köpfen absolut nichts zu suchen haben.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob Eltern gegen diese Indoktrination ihrer Kinder vorgehen können. Die Antwort lautet ganz klar: Ja!

In Zusammenarbeit mit dem Autor hat eine langjährige Elternrechtsaktivistin, die einer bundesweiten Initiative angehört, für die Leser von PI-NEWS eine „Gebrauchsanweisung für Elternrechte“ entworfen, die in solchen Situationen erfolgreich Hilfestellung leistet.

Was wird meinem Kind in der Schule vorgesetzt?

Es ist für verantwortungsbewußte Eltern wichtig zu erfahren, was man ihren Kindern im Unterricht vorsetzt. Deshalb:

1. Lassen Sie Ihre Kinder vom Alltag in Kita und Schule erzählen. Hören Sie ihnen aufmerksam zu.
2. Werfen Sie einen Blick in die Bilderbücher, Schulhefte und Schulbücher Ihrer Kinder.
3. Sobald Sie das Stichwort „Schullektüre“ hören, sollten Sie sich diese besorgen und den Inhalt überprüfen. Dort lauern oftmals böse Überraschungen.

Ihr Kind verhält sich normal und hat keine Ängste vor der Kita, der nächsten Religions- Deutsch- oder Biologiestunde? Sie sehen, hören und lesen nichts, das Sie aufregt, Ihren Puls hochtreibt? Dann ist alles in Ordnung.

Es kann aber auch anders sein:

Ihr Kind erzählt und zeigt Ihnen Haarsträubendes, es möchte am liebsten zu Hause bleiben, wenn dieses oder jenes Thema droht, wenn dieser oder jener Film gezeigt werden soll, wenn vulgäre Texte abwechselnd laut vorgelesen werden oder Riten praktiziert werden müssen, die einer fremden Religion entstammen.

Wegschauen ist keine Option

Wegschauen kommt nicht infrage, Sie sind die Mutter/Sie sind

der Vater! Sie haben das natürliche Elternrecht. Dieses ist im Grundgesetz Artikel 6 Absatz 2 festgeschrieben:

Art 6 GG

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Sie haben also das Recht und damit auch die Pflicht im Interesse Ihres Kindes zu handeln.

Der fundamentale Irrtum der meisten Eltern

Die meisten Eltern, denen etwas Negatives am Schulbetrieb auffällt, denken: Was können wir schon tun? Wenn wir etwas unternehmen, wird es die Schule dem Kind heimzahlen. Es bekommt schlechte Noten, wird gemobbt und darf nicht auf's Gymnasium. Die sitzen am längeren Hebel, deshalb lieber still halten und nicht aufmucken.

Und genau das ist nach der langjährigen Erfahrung der Elternrechtsaktivistin der grundlegende Irrtum, mit dem solche Eltern ihren Kindern sogar schaden. Es ist nämlich genau umgekehrt, wie sie ausdrücklich betonte:

Jene Kinder, deren Eltern sich wegducken, sind schutzlos! Die Ideologen erkennen das genau. Je feiger die Eltern, umso schutzloser die Kindern und umso aktiver die Ideologen! Schlechtere Noten für die Kinder, weil deren Eltern sich für sie einsetzen? Falsch! Eltern, die für Ihre Kinder kämpfen, sind gefürchtet! Mit Kindern braver, folgsamer, anbiedernder Eltern wird umgesprungen wie's gerade passt!

Betroffene Eltern sollten den vorangegangenen Absatz ein zweites Mal lesen, denn er enthält die wohl wichtigste Information dieses Berichts.

Wie geht man am besten vor?

1. Planen Sie in Ruhe Ihr Vorgehen.
2. Vereinbaren Sie ein baldiges, dringliches Gespräch mit der zuständigen Lehrkraft.
3. Bleiben Sie beim Gespräch unter vier Augen immer ruhig und gelassen. Sie sind keine hysterischen Eltern, Sie nehmen nur Ihr Recht im Interesse Ihres Kindes wahr.
4. Weisen Sie auf die Probleme hin, die Ihr Kind mit den kritischen Inhalten hat. Denn: SIE kennen Ihr Kind. Die Lehrkraft kann Ihr Kind NIE so kennen wie SIE!
Zum Beispiel: Mein Kind hat Angstzustände; Alpträume aufgrund der Ankündigung von...; mein Kind ist sehr sensibel; mein Kind würde verstört werden von vulgärer Sprache; vom Betrachten sexueller Handlungen; mein Kind ist Christ/Atheist; es widerstrebt ihm andere (oder überhaupt) Gebete und Riten nachsprechen oder ausführen zu müssen; mein Kind fühlt sich bedrängt, unter Druck gesetzt; ich befürchte eine Traumatisierung meines Kindes; ich/wir sind aufgrund unseres natürlichen Elternrechts verpflichtet im Interesse unseres Kindes Sie um sofortige ... zu bitten.

Es kann nun folgendes passieren:

Die Lehrkraft nimmt Sie und Ihre Fürsorge für Ihr Kind ernst, zeigt Verständnis, bietet eine gute Lösung an (z.B. Wegfall von – Ihr Kind irritierenden – Inhalten und Aktionen, den Wechsel der Schullektüre, et cetera).

Sie haben viel für Ihr Kind erreicht!

Betonen Sie, dass Sie froh sind, dass Ihr Kind eine so verständnisvolle Lehrkraft hat, wie viel Ihnen an der guten Erzieher-Lehrer-Eltern Partnerschaft liegt, und dass Sie auch weiterhin Ihre Elternverantwortung sehr gern wahrnehmen werden.

Es kann auch anders sein:

Die Erzieherin/Lehrkraft wird pampig. Sie versucht Sie zu

verunsichern. Alles sei bestens und Sie hätten kein Recht, sich einzumischen. Alle anderen Eltern seien zufrieden, Ihr Kind würde, wenn es nicht mitmacht, ein Außenseiter und so weiter. Vorsicht: Die Gruppenzwangkarte wird gern ausgespielt! Bedenken Sie: Ihr Kind ist stolz auf Sie, wenn Sie es unterstützen, nicht wenn Sie klein begeben!

Die Attacken der Lehrkraft auf Ihr natürliches Elternrecht kontern Sie mit Aussagen wie:

- Ich kann NUR für MEIN Kind sprechen.
- MEIN Kind ist betroffen und ich bin verpflichtet zum Wohl MEINES Kindes tätig zu werden (Hinweis auf GG Artikel 6 Abs 2).
- Für andere kann und will ich nicht sprechen.
- Das Aufdrängen dieses oder jenes Unterrichtsinhaltes sehe ich als pädagogisch sehr problematisch an.
- Ihr Vorgehen grenzt – meiner Einschätzung nach – an strukturellen Machtmißbrauch.

Dann verabschieden Sie sich freundlich und danken für das Gespräch. Als nächstes verfassen Sie ein kurzes, sachliches Schreiben an den Vorgesetzten der Lehrkraft und schildern kurz und bündig das Problem. Sie fügen hinzu, dass die Lehrkraft leider keine angemessene Lösung angeboten hat. Deshalb bitten Sie freundlich um die Vermittlung des Direktorats in dieser Angelegenheit. Betonen Sie dabei ausdrücklich Ihr Eintreten für das Kindeswohl. Vergessen Sie nicht, Ihr vom Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz garantiertes, natürliches Elternrecht zu erwähnen!

Für den Fall, dass es zu keiner internen Lösung kommt, kündigen Sie an, das Schulamt (bzw. die zuständige Aufsichtsbehörde) – schriftlich – um Rat zu bitten.

Wichtig: Schriftstücke wandern im Direktorat und im Schulamt in die Akten. Das will keine Lehrkraft!

Normalerweise tut sich keine Schule den Aufwand an, gegenüber

dem zuständigen Amt detailliert Rechenschaft ablegen zu müssen. Ein vernünftiges Direktorat wird einlenken.

Sollte aber auch die Schulleitung Ihr natürliches Elternrecht und das von Ihnen vertretene Kindeswohl nicht respektieren, senden Sie den bisherigen Schriftwechsel mit der Bitte um Klärung an das Schulamt. Erfahrungsgemäß stellt sich dieses als Aufsichtsbehörde in 99% der Fälle bei einer sachlich begründeten Bitte auf die Seite der Eltern.

Das natürliche Elternrecht ist ein von den Vätern des Grundgesetzes geschmiedetes Schwert zum Schutz unserer Kinder vor Ideologien. Es war nie als Deko gedacht. Uns Eltern muss bewusst werden, dass wir es in den Händen halten. Wir brauchen es nur zu benutzen.

Abschließend noch ein Hinweis: Auch der Art. 140 GG kann unsere Kinder vor der Islam Indoktrination in den Schulen schützen. Auf diesen Passus im Grundgesetz wird im nächsten Beitrag dieser Serie näher eingegangen.

Hinweis auf die PI-NEWS-Leseraktion:

Eltern, Schüler UND Lehrer sind aufgerufen, Fotos und Videos von Passagen aus den Schulheften oder Leistungstests zu übersenden, aus denen hervorgeht, dass die mit unserer Werteordnung nicht vereinbaren Inhalte des Islams im Unterricht unterschlagen werden.

Auch das Verlangen der Niederschrift des islamischen Glaubensbekenntnisses oder gar Missionierungsversuche sind von Interesse. Informationen über eine diskussionswürdige Aufbereitung des Lehrinhalts durch die Lehrkraft sind ebenfalls relevant. Auch für Informationen über Konflikte der Eltern mit der Schule zu diesem Thema sind wir offen.

Selbstverständlich werden alle persönlichen Daten vertraulich

behandelt. Das Einverständnis zur Veröffentlichung des Materials ist allerdings Voraussetzung. Genannt wird später nur das betreffende Bundesland; die Schule nur auf Wunsch des Einsenders.

Einsendungen bitte an info@pi-news.net



Zuwanderung: Milliarden für neue Schulen in Hamburg

Von CHEVROLET | Lieb und teuer sollen sie den Deutschen sein, die Goldstücke, die angeblichen Flüchtlinge, die seit 2015 in Scharen in Deutschland einfallen auf der Suche nach lebenslanger Vollversorgung und ansehnlichem Einkommen ohne Arbeit.

Lieb sind sie den meisten Bürgern längst nicht mehr, seit Moslems und Afrikaner immer wieder durch hohe Kriminalität bis hin zu Mord und Vergewaltigung auffallen. Und teuer sind sie natürlich auch, denn sie „verdienen“ nichts tuend gut, bezahlt vom Steuerzahler. Inzwischen kommen aber auch immer mehr Folgekosten ans Tageslicht, auch wenn sich die Medien winden, das alles so zu benennen.

Zum Beispiel sollen Klein-Mohammed und Klein-Ali auch in die Schule gehen. Und weil die Geburtenrate der Landnehmer einerseits sowieso hoch ist und jedes zusätzliche Kind richtig

Geld bringt, und einen deutschen Pass, werden aus dieser Personengruppe sehr viele Kinder geboren, während die Kinderzahl der Bio-Deutschen stetig sinkt, denn Kinder muss man sich als Deutscher leisten können.

Ein Beispiel dafür liefert Hamburg. Schulsenator Ties Rabe (SPD) prognostiziert, dass es bis zum Jahr 2030 an den Bildungseinrichtungen der Stadt „gut 25 Prozent mehr Schüler geben wird“, berichtet die Hamburger Morgenpost. Darauf wolle Hamburg mit einem neuen, milliardenschweren Schulentwicklungsplan regieren, heißt es da. Woher die Milliarden kommen sollen, wird nicht hinterfragt. Dass Hamburg das nicht bezahlt, sondern die werktätige Bevölkerung über Steuern und Abgaben, liegt auf der Hand.

Aktuell gebe es 195.000 Kinder an den Schulen der Hansestadt, 2030 werden es 240.000 sein. Die wahren Gründe umschreibt das Blatt natürlich: „Diese Entwicklung sei auch auf gestiegene Geburtenraten in den letzten Jahren zurückzuführen, so Rabe. Das stelle vor allem dicht besiedelte Gebiete, wie Altona oder Eimsbüttel vor Herausforderungen, “ so die MOP0 politisch korrekt.



Niedersachsen:

Lehrer

erklären Inklusion für gescheitert

Von PLUTO | Sein Name ist Programm, vermuten nicht wenige: Grant Tonne, niedersächsischer SPD-Bildungsminister. Zu seinen Lieblingsbeschäftigungen gehört der Kampf gegen die AfD. Dabei hätte er sich besser um die drängenden bildungspolitischen Aufgaben im Lande kümmern sollen. „Haben Sie die Inklusion an die Wand gefahren, Herr Tonne?“, fragt jetzt sogar die SPD-nahe Hannoversche Allgemeine (HAZ).

Inklusion – das ist die kühne Idee, lernschwächeren Kindern einen gleichberechtigten Zugang ins öffentliche Schulsystem zu ermöglichen. Klingt gut, klappt eher selten. Deutschland hat sich gemäß UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet. In Niedersachsen stößt die seit 2013 unter der SPD eingeführte inklusive Schule an Grenzen, insbesondere in Problembezirken. Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung haben hier seitdem das Wahlrecht, ob ihr Kind die allgemeine Schule oder eine Förderschule besuchen soll. Manche überschätzen dabei sich und ihre Kinder.

Das sich abzeichnende System-Versagen unter Verantwortung des 42-jährigen SPD-Politikers und früheren Juso-Vorsitzenden Tonne nahm am Wochenanfang richtig Fahrt auf, nachdem hannoversche Gesamtschulleiter in einem Brandbrief angekündigt hatten, künftig weniger Schüler mit Förderbedarf aufzunehmen. Der Stich ging auch gegen die Gymnasien. Die Gesamtschulen trügen die Hauptlast in der Betreuung lernschwacher Kinder, während sich Hannovers Gymnasien einen schlanken Fuß machten.

Niedersächsische Lehrerverbände gaben Flankenschutz und dem Kultusminister Saures: „Die Inklusion in ihrer bisherigen Form ist gescheitert“, sagte der Landesvorsitzende der Direktorenvereinigung, Wolfgang Schimpf. Gemeinsamer

Unterricht von beeinträchtigten Kindern und Schülern ohne Handicap finde in der Regel gar nicht statt. Die Förderschüler würden gesondert betreut.

Die HAZ vermittelt Einblicke: Störende Drittklässler, die von ihren Eltern aus der Grundschule abgeholt werden müssen, lernschwache Schüler, die in der 6. Klasse mit einfachsten Aufgaben nicht zurechtkommen, während Mitschüler schon Prozent rechnen. Gerade Schulen in Problemvierteln, unter anderem mit Migranten und Flüchtlingen, seien am Limit. Dort brodelte es. Elternvertreter von rund 20 Grundschulen in der Region Hannover bereiten zurzeit eine Petition an den Landtag vor.

Kinder mit Lernproblemen an Gymnasien, deren Ziel das Abitur ist: Wie soll das funktionieren, fragen Fachleute. Man muss kein studierter Lehrer sein, um zu erraten, durch welche Versagenstäter Kinder gehen müssen, wenn sie ständig begabteren Klassenkameraden hinterher hinken.



Hält unbeirrt an der Inklusion fest –
Bildungsminister
Grant Tonne (SPD).

Dabei hat Niedersachsen vor der Inklusion mit Förderschulen gute Erfahrungen gemacht. Man sollte sie wieder wiedereinführen, anstatt sie bis 2028 auslaufen zu lassen, fordern niedersächsische CDU- und FDP-Vertreter.

Dietmar Friedhoff (AfD): „Wenn Ideologien am klaren Menschenverstand scheitern“

Der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff spricht vielen Eltern aus dem Herzen: „Und wieder einmal hatte die AfD Recht. Aber was bringt es im Nachhinein, wenn Ideologien am klaren Menschenverstand scheitern! Wieder einmal wurde Funktionierendes zerstört und durch Fragwürdiges ersetzt. Alles nach dem Grundsatz links grüner Ideologie, alle Menschen müssen gleich sein. Das universelle Menschenrecht! Dass nun Schüler wie Lehrer überfordert sind, war vorher zu sehen. Wem hat es nun etwas gebracht? Der Gewissensberuhigung Gesunder? Den Menschen mit Handycap und deren Familien auf jeden Fall nicht.“

So wird unter der Verantwortung von Tonne in Niedersachsen auf dem Rücken von Eltern und Kindern weiterhin das große inklusive Schulexperiment durchgeführt, das laut Schulexperten in der bisherigen Form gescheitert ist: überforderte Lehrer, genervte Eltern, frustrierte Kinder. Die vernichtende Kritik ficht Tonne offenbar nicht an. Inklusion sei „nicht verhandelbar“, beharrt er gegenüber NDR-Info. Er will stattdessen noch mehr Geld und Personal in das umstrittene Inklusions-Modell stecken. Das erinnert fatal an das Integrations-Mantra der Kanzlerin: „Wir schaffen das“.